

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

243 (6.9.1920) Erstes Blatt

In der Zeitschrift frei ins Haus geliefert monatlich 5.50 M. an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 5.10 M. Auswärts durch unsere Agenturen bezogen 5.50 M. monatlich, am Posthalter abgeholt monatlich 5.30 M. Vierteljährlich 15.00 M. durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 5.50 M. Vierteljährlich 16.95 M. Berlin, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Die 9. Gesp. Nonpareille oder deren Name ist lokal 1.40 M. Versandpreis 1.50 M. Kleinere Abnahme 5.00 M. an erster Stelle 5.50 M. Rabatt nach Tarif. Anzeigenannahme bis 12 Uhr mittags. Kleinere Abnahme ist abends bis 4 Uhr nachmittags. Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Druckerei Nr. 277.

Geschäftsführer: Hermann v. Paet. Verantwortlich für Politik: Martin Solinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den internationalen, badischen und lokalen Teil: Karl Fohs und Hermann Weid; für den internationalen, badischen und lokalen Teil: Dr. Kurt Friedrich, Friedmann, Grenzstraße 65/66, Telephon-Nr. 11. Umland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Druckaufträge übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Nachdruck erfolgt, wenn Vorzug beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 243.

Montag, den 6. September 1920

Erstes Blatt

Rückwanderung aus Amerika.

Seit dem Ende des Krieges hat die Rückwanderung aus Amerika nach Europa beträchtlichen Umfang angenommen. Die Gründe dafür sind sowohl wirtschaftlicher, als auch politischer Natur. Zuerst waren es die Italiener, die sich in größeren Scharen aufmachten, um in ihre Heimat zurückzukehren. Die italienische Einwanderung hatte immer etwas vom Sessengängertum an sich. Während sich viele Italiener dauernd in Amerika niederließen, ging ein nicht unbedeutender Prozentsatz alljährlich beim Eintreten des Winters nach Hause, um dann im Frühjahr wieder nach Amerika zu reisen. Es waren dies namentlich diejenigen Elemente, welche im Baugewerbe und an Erdarbeiten tätig waren und in der rauhen Jahreszeit nur schwer Beschäftigung fanden. Da ferner diese Art Arbeit seit dem Kriege erheblich nachgelassen hat, so war weder der Verdienst, noch die Nachfrage danach, den Aufenthalt in Amerika lohnend genug zu gestalten. Es handelt sich dabei in erster Linie um diejenigen Schichten, welchen es aus Mangel an genügender Schulbildung an eigener Initiative schwer wurde, sich selbständig zu machen. Der Italiener kam überdies meist nur in der Absicht nach Amerika, genug Geld zu sparen, um sich ein Fleckchen Land in der Heimat kaufen zu können, und nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Eingewanderten erwirbt das amerikanische Bürgerrecht. Als nun der Krieg vorbei war und der niedrige Stand der Wälder die Umkehrung der Ertragsverhältnisse sehr vorteilhaft erscheinen ließ, entwickelte sich die Rückwanderung in stetig gesteigertem Umfang.

Nebenbei verbielt es sich mit den aus Griechenland und den aus den Balkanländern Eingewanderten. Auch sie scheinen die Heberzeugung zu gewinnen, daß ihnen in der Heimat unter den neuen Verhältnissen ein besseres Los winkt, als in Amerika, wo sich die Hoffnungen, die sie zur Auswanderung veranlaßt hatten, doch nicht verwirklicht. War der Verdienst auch höher als in der Heimat, so verschlang doch infolge der immer empfindlicher werdenden Steuererhebung der notwendigen Lebensunterhalt fast den ganzen Lohn. Viele dieser Arbeiter, die fast ausnahmslos zu den Ungeschulten gezählt werden müssen, verloren bald das Vertrauen in die Möglichkeit, ihre Lage dauernd verbessern zu können. Sie erkannten, daß sie nur vorwärts kommen könnten, wenn sie die englische Sprache beherrschten. Dazu schickte es ihnen aber an Gelehrtheit. Sie wurden nicht nur durch die schwere Arbeit, die alle ihre Kräfte erschöpfte, daran verhindert, Fortbildungsschulen zu besuchen, sondern sie gewannen auch den durchsichtigen Eindruck, daß man sie in der Unwissenheit erhalten wolle, um sie besser ausbeuten zu können. Sie wurden in den Betrieben zusammen beschäftigt und von anderen Vorkriegsarbeitern nach Möglichkeit abgeschlossen. Ihre Werkstätten waren Landsleute, die ihr Los aber nicht ererleichterten. Die Frauen hatten zu viel mit der Hauswirtschaft zu tun, um sich bilden zu können, und die Kinder mußten schon in frühen Jahren an die Arbeit. So ist es denn erklärlich, daß man bei der Forschung nach Gründen für die Rückwanderung immer wieder auf Auserwählungen wie die folgenden stößt: „Wir können es unter den jetzigen Verhältnissen in Amerika doch nicht weiter bringen als in der Heimat. Wenn wir ein Jahr gearbeitet haben, dann sind wir gerade so weit, wie an seinem Anfang. Wir haben wohl ein bißchen besser gelebt, aber das mußten wir durch sehr anstrengende, häufig ungesunde Arbeit erkaufen. Es lohnt sich nicht, dieses Leben weiter zu führen, und wir glauben, in der Heimat bei einem Stück Schwarzbrot glücklicher zu sein, als in dem neuen Lande, das uns nur Enttäuschungen gebracht hat. Nebenbei glauben wir, daß wir gerade jetzt dem Vaterlande durch unsere Arbeitskraft helfen können.“

Einen großen Einfluß hat auf diese Bewegung der Umstand aus, daß diese Eingewanderten immer geringerschätziger beurteilt und behandelt worden sind. Der Amerikaner hält ja jeden Menschen, der nicht englisch sprechen kann, von vornherein für minderwertig und läßt ihn das Bewußtsein fühlen. Die Einwanderung aus Süd- und Europa ist von der Industrie gefördert worden, um billige und gefällige Arbeitskräfte zu erhalten. Man gedachte sie zu benötigen, um den anstehenden Arbeiter zu bekämpfen. Da nun aber auch diese Elemente anzunehmen geworden sind und sich gegen Ausbeutung auflehnen, möchte man sie einschüchtern oder los werden. Die Großindustrie hat beschlossen, die Gewerkschaften zu zerschlagen und alle Arbeiterorganisationen zu vernichten. Sie geht darin soweit, daß sie Betrieben, die sich mit Gewerkschaften verhalten, die Lieferung von Material verweigert. In diesem Kampf gelten alle Waffen und die eingewanderten Arbeiter, die der englischen Sprache nicht mächtig sind, leiden am schwersten darunter. Man benutzt die während des Krieges geschaffenen Gesetze, um sie als Anarchisten, Kommunisten oder überhaupt Feinde der staatlichen Ordnung zu verfolgen. Das trägt dazu

bei, ihnen den Aufenthalt in Amerika zu verleiden, und es kann nicht überraschen, daß sie das Land fliehen, wo sie so wenig gastlich aufgenommen wurden, sobald sie die Mittel dazu haben. Die Regierungsbehörden, welche die Pässe ausgeben, sind seit Jahr und Tag förmlich belagert und können kaum die Arbeit bewältigen. Die Industrie empfindet bereits den durch die Rückwanderung entstandenen Mangel an Arbeitskräften und sucht nach Abhilfe. Man hat aber nichts dagegen tun können, als die Gebühren für Ausstellung eines Passes auf das Fünftfache zu erhöhen, was auch nicht viel nützen wird.

Die polnischen Gefahren.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns abgedruckt:

Die Meldungen aus Posen und Grandenz, wonach die Abweigung gegen die Warschauer Herrschaft jetzt zu offenen Revolten geführt hat, konnten Kenner der Verhältnisse nicht überraschen. Die wirtschaftlichen wie die kulturellen Gegensätze waren zu stark, und es ist durchaus begründet, daß Posener und westpreussische Polen nicht länger ihre ganze Arbeitskraft, die sie in preussischer Schule erworben haben, und ihre wirtschaftlichen Erfahrungen im Dienst der Warschauer und galizischen Rückständigkeit aufgeben wollen. Das Gefährliche ist nur, daß gerade in dem ehemaligen preussischen Polen der Deutschenhaß vielfach noch schärfer ist als in Kongresspolen, und daß ihre größere Energie sich also unter Anführern aus Frankreich vor allem gegen uns wenden wird. Das gilt wenigstens für die erste Zeit, bis die wirtschaftliche Notwendigkeit, mit Deutschland fruchtbare Beziehungen zu haben, auch die Blut ihres Hasses abkühlen würde. Vor allem aber besteht die Gefahr, daß ein autonomes Posen sofort Anspruch auch auf Oberschlesien machen, und die Gefahr dort, wie die schon jetzt über die wahren Verhältnisse so schlecht orientierten allierten Schiedsrichter noch mehr verwirren würde. Es ist daher doppelt zu begrüßen, daß die deutsche Regierung schon in ihren neuen Notizen über die Polengrenzen den Vorschlag gemacht hat, eine neutrale Untersuchungskommission, d. h. auch aus Mitgliedern nicht alliierter, fremder Staaten, bald nach Oberschlesien zu schicken, damit die Welt endlich einmal über das Wesen der Polen als strapellose, brutale Söldner jeder friedlichen Entwicklung Aufklärung erhalten würde.

Die polnischen Gewalttaten.

Ein deutscher Vorschlag.

W. Berlin, 5. Sept. (Amtlich.) Die Reichsregierung hat eine Anzahl einwandfrei festgestellter, besonders empörender Gewalttaten gegen Deutsche in Oberschlesien zur Kenntnis des Präsidenten der Friedenskonferenz gebracht und ihn hierbei nachstehende Note überreichen lassen: Die Nachrichten über Gewalttaten gegen Deutsche in Oberschlesien mehren sich. Der deutschen Bevölkerung im Westschlesiengebiet wie im übrigen Reich hat sich infolgedessen steigende Erregung bemächtigt und eine Atmosphäre der Verunsicherung und Arbeit nicht auskommen lassen, vielmehr zu gewalttätigen Maßnahmen aufgeleitet. Aus der Fülle der hier vorliegenden Meldungen sind einige besonders schwerwiegende Fälle zusammengestellt, deren Ergänzung vorbehalten bleibt.

Die deutsche Regierung ist dem deutschen Volke schuldig, Klärung aus dem tatsächlichen Sachverhalt herbeizuführen und das Fräse zu tun, damit Abhilfe eintritt. Nach den Abmachungen von Paris ist sie nicht in der Lage, durch ihre eigenen Organe in den von der internationalen Kommission verwalteten Gebieten Feststellungen vornehmen zu lassen. Durch private Beauftragte kann dies nicht geschehen. Würden aber die Gebirgsangehörigen der internationalen Kommission überlassen bleiben, so wäre mit Sicherheit anzunehmen, daß das Ergebnis von der erregten Bevölkerung nicht als unparteiisch angesehen wird. Der erstrebte Zweck wird nur zu erreichen sein, wenn eine an den Vorgängen in Oberschlesien unbeteiligte Stelle die Aufgabe übernimmt. Die deutsche Regierung beehrt sich daher, vorzuschlagen, eine von der deutschen, polnischen und den alliierten Hauptmächten zu bildende Kommission aus Angehörigen solcher Staaten, die nicht zu den Signatarmächten des Vertrages von Versailles gehören, mit der Feststellung des Sachverhaltes zu betrauen. Sie hofft, die Tätigkeit einer solchen Kommission auch dazu beitragen wird, in Oberschlesien die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen allein eine dem Sinne und dem Wortlaut der Verträge entsprechende Abstimmung erfolgen kann. Die Regierungen in Paris, London, Rom und Warschau sowie der päpstliche Stuhl werden von dem Inhalt der Note in Kenntnis gesetzt.

Weißbücher der deutschen Regierung.

W. Berlin, 5. Sept. (Amtlich.) Die Reichsregierung hat drei Weißbücher über Oberschlesien herausgegeben. Das erste wird eine authentische Schilderung aller von den Aufständischen verübten Gewalttaten und

Auch die Rückwanderung der Deutsch-Amerikaner verpricht recht großen Umfang anzunehmen. Das kann allerdings erst nach Friedensschluß gesehen, denn gegenwärtig ist es noch sehr schwer, einen Paß zu erhalten. Die Deutschen in Amerika werden der Hauptfache nach durch sentimentale Rücksichten beeinflusst. Sie sind erbittert durch die Behandlung, die ihnen und dem deutschen Volke während des Krieges zuteil wurde. Das Heimweh, das immer in letzter Form vorhanden war, ist jetzt mit großer Stärke zum Durchbruch gelangt. Sie haben das Gefühl, daß die Stunde gekommen ist, wo sie verpflichtet sind, dem alten Vaterlande wirksam

Morde enthalten. Das zweite wird Beweise dafür erbringen, daß ein Teil der in Oberschlesien verwandelt internationalen Truppen es nicht nur unterlassen hat, gegen die Aufständischen einzuschreiten, sondern daß sogar an einigen Stellen von den Truppen offen für die polnischen Banden Partei genommen worden ist. Das dritte Weißbuch wird sich mit den Vorbereitungen beschäftigen, die polnische Seite für die Organisation des Aufstandes getroffen wurden. Dieses Weißbuch wird sich im wesentlichen auf polnische Material stützen, das durch die Wachsamkeit unerschütterlicher deutscher Zollbeamter einem widerrechtlich die Grenze überschreitenden Kurier Korstantz abgenommen worden ist.

Polenkämpfe in Grandenz.

W. Danzig, 5. Sept. Wie aus Grandenz berichtet wird, wurden gestern morgen gegen 7 Uhr der Bahnhof und sämtliche öffentlichen Gebäude der Stadt Grandenz von pommerellen Truppen besetzt und die Kongresspolen gewaltsam entfernt. Gegen 10 Uhr wurde die schwache Besatzung von einer kongresspolnischen Schwadron über rumpelt und entmachtet. Etwa 300 bis 400 Mann pommereller Truppen wurden von den Kongresspolen verhaftet. Gerüchteleise verlautet, daß aus Posen 8000 Mann erwartet werden, um Grandenz und sämtliche ehemals preussischen Gebiete von Kongresspolen zu säubern.

W. Danzig, 6. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Zu den Vorgängen berichten die hiesigen Blätter: Unter den in Grandenz verhafteten Kongresspolen befinden sich auch Deutsche. Sie sehen ihrer baldigen Aburteilung entgegen, die aller Voraussicht nach in Todesstrafe bestehen soll. Es bestätigt sich, daß Posen etwa 8000 Mann zur Unterstützung von Grandenz heranzieht.

Die Sühne für Breslau.

Berlin, 5. Sept. Der Reichsminister des Auswärtigen und der preussische Minister des Innern suchten heute mittag den französischen Botschafter an. Dr. Simons erklärte Herrn Laurent folgendes: In der Note vom 30. v. M. haben Eure Excellenz der deutschen Regierung die Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Regierung der französischen Republik die Beilegung des Zwischenfalles herbeiführen will, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau am 26. August zgetragen hat. Zugleich haben Sie auf eine Reihe von Kundgebungen und Angriffen gegen zivile und militärische Vertreter Frankreichs in Deutschland hingewiesen. Dabei haben Eure Excellenz betont, daß die Regierung der französischen Republik mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Verhöhnung und Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten wünscht. Derselbe Wunsch erfüllt die deutsche Regierung. Sie mißbilligt auf das Entschiedenste diese Vorkommnisse, die wie die Vorgänge in Breslau durch gewisse Umstände und Ereignisse erklärt, aber nicht gerechtfertigt werden können. Die deutsche Regierung bedauert alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige geworden sind, und wird die in der Note vom 30. v. M. geforderte Genugtuung gewähren.

Der französische Botschafter erwiderte: Im Namen der Regierung der Republik nehme ich von der Erklärung Eure Excellenz und der Zusage der Reichsregierung Kenntnis, daß sie die mitgeteilten Wiedergutmachungsforderungen erfüllen wird. Lassen Sie mich, Herr Minister, der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich ähnliche Zwischenfälle nicht wiederholen und daß die Beziehungen Deutschlands und Frankreichs sich von nun an im Geiste freundschaftlicher Zusammenarbeit gestalten werden, der für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung und das Gedeihen beider Teile so nötig ist.

Sodann machte der Reichsminister von den durch die Reichsregierung und der Minister des Innern von den durch die preussische Regierung in Erledigung der Wiedergutmachungsforderungen getroffenen oder eingeleiteten Maßnahmen Mitteilung.

Zusammenkunft der Botschafterkonferenz.

W. Paris, 5. Sept. Wie die „Times“ melden, tritt die Botschafterkonferenz morgen unter dem Vorsitz von Pa Léologue zur Erledigung laufender Geschäfte in französischem Ministerium des Auswärtigen zusammen.

zu helfen, und dieses Gefühl wird so kräftig, daß es sich kaum noch überwinden lassen wird. Nebenbei erhöht auch die Prohibition, d. h. die Unmöglichkeit, geistige Getränke irgend welcher Art zu erhalten, den Wunsch, sich von diesem Zwange zu befreien. Das gilt nicht nur für die Deutschen, sondern für alle Völkernationen, die sich zur Rückkehr rufen.

Die deutsche Rückwanderung unterscheidet sich insofern von der anderen, als sie wohl durchweg bemittelte Elemente einschließt. Bedeutend, daß es einst möglich war, für zehntausend Dollar eine Million Mark zu kaufen, und daß jene Summe für amerikanische Verhältnisse doch recht unbedeutend ist, so wird man verstehen, daß es heute in den Vereinigten Staaten eine ganze Menge Markmillionäre gibt. Denn die Deutsch-Amerikaner haben viele Milliarden in Reichsmark und Deutschen Städteobligationen angelegt. Sie taten dies und tun es noch, nicht nur, weil sie dadurch Geld zu verdienen hofften, sondern vornehmlich, weil sie dem Vaterlande helfen und sich selbst die Gelegenheit sichern wollten, nach Deutschland zurückzukehren und hier sorgenfrei zu leben. Sobald die Verhältnisse hier einigermaßen geordnet sind und es möglich geworden ist, Amerika ohne die vielen Schwierigkeiten, die jetzt mit der Erlangung eines Passes verknüpft sind, zu verlassen, wird die Rückwanderung ernstlich einsetzen. Sie wird eine Bereicherung Deutschlands bedeuten und es ist zu hoffen, daß man den Deutsch-Amerikanern, die mit gefüllten Taschen nach Hause zurückkehren, keine Hindernisse in den Weg legt.

Georg v. Etal.

Millerands Reise durch das besetzte Gebiet.

Nach Pariser Meldungen wird der französische Ministerpräsident demnächst das besetzte Gebiet des Rheinlands besuchen. Köln, Bonn, Mainz und Worms sollen die Stationen der Rundfahrt sein. Kein Bürgermeister dieser Städte, kein Regierungspräsident und auch die Berliner Regierung nicht hat Herrn Millerand aufgefordert, auf den Besuchen, wenn auch militärisch von der Entente besetzten Boden zu kommen. Solange es diplomatische Sitten gibt, begeben sich Minister, falls sie nicht etwa zum Kurgebrauch oder insondeme privatim reisen, nur auf Einladung von fremdem Land. Millerand betrachtet offenbar das Rheinland nicht nur als besetztes, sondern als unterworfenen Gebiet. Es ist in seinen Augen nicht ein einfaches Sanitätsland für die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen, sondern eine den Fremden auf Gnade und Ungnade überlieferte Kolonie. Diese scharfen Ansdrücke sind mit voller Absicht gewählt. Der Reichsminister des Innern hat gebraucht zu Anfang dieses Jahres in der Nationalversammlung dieselben Worte, um die französische Willkür zu brandmarken. Ist es seitdem anders geworden? Immer noch wirken im besetzten Rheinland die furchtbaren Odornamen, immer noch gilt die Bestimmung, nach der jede Person mit Gefährnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu tausend Mark bestraft werden kann, deren Worte, Gebärden oder Haltung mit Bezug auf die Mitglieder der hohen Kommission oder mit Bezug auf die Fahne oder ein militärisches Emblem der Alliierten sich als beleidigend oder auch nur als unächtlich kennzeichnen. Das war nichts anderes als die Wiederaufrichtung des Gelehrten im 20. Jahrhundert.

Und wenn nun der französische Ministerpräsident durch das Rheinland reist? Ist es nicht, als ob der Kronvogt selber daher käme? Kostlich werden ihm diejenigen, die sich auf die französische Herrschaft schon eingestellt haben, ihre Aufmerksamkeit machen. Alle Angelegenheiten deuten darauf hin, daß der enthaltene Dr. Dorein und seine Leute wieder frischen Mut gefast haben und eine neue Aktion zur Durchsetzung ihrer rheinischen Republik planen. Die Franzosenfreunde wissen, daß die kulturelle „Heberlegenheit“ der grande nation allein nicht hinreichte würde, um eine deutsche Bevölkerung vom Reiche und vom deutschen Kulturkreis abzuspalten. Sie suchen vielmehr die mangelnde Werkkraft der kulturellen Propagandamittel durch sehr handfeste wirtschaftliche Argumente zu verstärken. Sie haben in Wiesbaden, und zwar unter der Protektion der obersten militärischen Verwaltungsbehörde des gesamten von den Franzosen besetzten rheinischen Distrikts, des Administrateur supérieur du district de Wiesbaden, das Zentralbureau Gallisch begründet. Der eigentliche Leiter dieser Institution wurde der französische Kapitän Braun. Dieses Bureau verfolgt den ausgedehnten Zweck, die rheinische Industrie nach Westen zu orientieren. Es sucht Fabrikanten und Kaufleute damit zu fesseln, daß es ihnen die vorzugsweise Belieferung mit Rohstoffen und Materialien einerseits und die Erschließung des französischen Absatzmarktes für ihre Produkte andererseits zusichert. In Köln hat das Gleiche Herr Gallisch selbst. In der Verbandspresse wird die polnische Reise Millerands bereits vorbereitet. Ein Amerikaner, Frank G. Simonds, unternimmt es, auf angeblich zuverlässiger Grundlage, das Schicksal der Länder am Rhein zu schildern. Er trägt dabei ein Wort, das man sich merken muß: „Deutschland wird am Rhein endigen“. Wie man sich das denkt, führt Minister Simonds im einzelnen aus. Elsaß-Lothringen französisch, das Saargebiet französisch, zwischen Belgien und

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

Frankreich eine Rheinische Republik unter dem Patronat des Verbandes. Die Befestigung der linksrheinischen deutschen Länder hat nach Simonds vor allem den Zweck, den preussischen Einfluß, den deutschen Gedanken durch Abtrennung dieser Provinzen vom Reich langsam aber sicher zu töten, um das Volk „reife“ zu machen für den unter dem Patronat des Verbandes stehenden „Pufferstaat“ einer Rheinischen Republik. Es ist sicher, daß in den Ländern am Rhein unter den breiten Massen seitens der Entente in diesem Sinne mit Hochdruck gearbeitet wird. Geschicht, wie immer, weiß die französisch-britische Diplomatie sich freiwilliger und unfreiwilliger Helfer in der Bevölkerung für ihre Zwecke zu bedienen. Aber etwas anderes wird dabei nicht herauskommen, weder für die französischen Interessen, noch für das Rheinland. Die Vorgänge in Ober-Sachsen und in Breslau haben gezeigt, wie gerade die Stimmung der deutschen Bevölkerung gegen Frankreich ist. Millerands Besuch wäre nichts anderes als eine neue Herausforderung des Unwillens und der Empörung.

Ein neuer Anschlag der Polen?

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Die Lage in Oberschlesien ist weiterhin unüberändert. Die Gewalttaten der Polen dauern immer noch an. So wird aus Jülichshütte gemeldet, daß dort eine polnische Bande eines der beiden Schläferhäuser überfiel, die bereits zur Ruhe gegangenen Arbeiter, die fast alle zu den Deutschen gerechnet werden, aus ihren Betten herausholte und mit Gummiknüppeln in unmenschlicher Weise mißhandelte. Dreizehn Verletzte, darunter drei Schwerverletzte, haben in Lazarett in Vobres und Deutschen Aufnahme gefunden. Dieser Fall veranlaßte zahlreiche Arbeiter aus den Kreisen Neobischitz, Lublitz und Kreuzburg ihre Stellung mit der Begründung zu kündigen, daß die Unsicherheit ihnen den weiteren Aufenthalt unmöglich mache. An einem Tage waren bereits weit über 100 Einbürgerungen bei der Verwaltung der Jülichshütte eingelaufen. In Koszbin wurde der Praktikant Neumann auf offener Straße von mehreren polnischen Bürgern angehalten, die teilweise Beweise bei sich trugen. Er wurde niedergebunden, mißhandelt und liegt schwerkrank darnieder. Der Vorfalle spielte sich vor der Wache der Koszbiner Bürgerwehr ab, die, wie die meisten Bürgerwehren, fast ausschließlich aus Polen besteht, und insofern nicht eintritt.

Korjanty hat zwar erklärt, daß die in den letzten Tagen vorgekommenen verhältnismäßig Verbrechen als Unfälle gewöhnlicher Banditen zu betrachten seien, macht aber gleichzeitig in seinem Organ, der „Grenzzeitung“, den Deutschen den Vorwurf, daß sie das von ihnen gegebene Versprechen nicht halten und durch Verleumdung der Polenführer weiter hetzen. Das ist angesichts der zahlreichen Vertragsverletzungen, die sich die Polen und an ihrer Spitze Herr Korjanty seit dem Abschluß der Weimarer Vereinbarungen haben zuschulden kommen lassen, immerhin ein starkes Stück. Es ist festzustellen, daß die Polen auch weiterhin bestrebt sind, die auf ungesetzlichem Wege errungene Gewalt unter allen Umständen in der Hand zu behalten. Vor allem versuchen die Polen nimmermehr gegen die italienischen Truppen, die sich vor den französischen durch wirkliche Neutralität auszeichnen, und gegen die Kreispolizei, die den Willen zeigen, gegen sie einzuschreiten, mit allen Mitteln vorzugehen. Die Insurgenten, die bei Beginn des polnischen Aufstandes scharenweise über die deutsch-polnische Grenze kamen, schaffen jetzt die Waffen in vielen Kreisen wieder über die Grenze zurück, um sie vor einer eventuellen Beschlagnahme zu sichern. Aus verschiedenen Kreisen, so aus Wlochyntz, wird gemeldet, daß Deutsche gezwungen wurden, mit ihren Fahrzeugen die polnischen Waffen wieder nach Polen in Sicherheit zu bringen. Aus allen diesen Vorgängen ist deutlich zu erkennen, daß die Polen sich auf einen neuen Anschlag vorbereiten und an eine Versöhnung oder auch nur Innehaltung der Weimarer Abmachungen garnicht denken.

Die Kämpfe in Galizien.

(Eigener Drahtbericht.)

e. Krakau, 5. Sept. Die Kämpfe in Galizien sind in ein neues Stadium getreten. Da die Russen die große Gefahr für die Weimarer-Armee und den Norden der Ostbahn zur Kavallerie eingeleitet. Diese mit der Bahn aus dem Innern Russlands herbeigeführten Truppen sind ohne Rücksicht auf die Niederlage Dubjennus sofort zum Angriff eingesetzt worden und haben in der Gegend zwischen Wladimir-Bolinsk und Gomasz sowie auch im Süden in der Gegend der Gnila-Riva an den Stellen, wo die Bahnverbindung die Heranführung größerer Truppenmassen gestattete, eine Gegenaktion begonnen. Die polnischen Truppen haben zwar überall den Angriff der russischen Infanterie abgewehrt, doch ist infolge des Einrückens der neuen russischen Kräfte die Besetzung Ostgaliziens für den Augenblick zum Stillstand gekommen.

Brangel bittet um Polens Unterstützung.

Paris, 6. Sept. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Warschau hat General Brangel durch eine Abordnung der polnischen Regierung eine Note überreicht, worin er sie bittet, ihn nicht im Stich zu lassen.

Selland gegen Litauen.

m. Paris, 6. Sept. Havas verbreitet folgenden Moskauer Funkpruch: Die Feindseligkeiten zwischen Selland und Litauen haben begonnen. Die lettischen Soldaten wollen nicht in den Krieg ziehen. Weiter meldet Havas aus Riga: Die lettische Konstituante ratifiziert am Donnerstag einstmündig den am 18. Juli mit Sowjetrußland abgeschlossenen Friedensvertrag.

Französische Sozialisten über die Kriegsschuld.

Die mehrheitssozialistische „Humanité“ schreibt: Wir wissen noch recht wenig über den Krieg 1914-1918. Lange Jahre, zahlreiche Aufklärungen, mühsame Untersuchungen werden nötig sein, um die geschichtliche Wahrheit kennen zu lernen. Sicher ist aber, daß es auf beiden Seiten Schulte gab, die den Krieg ausgelöst und den Krieg verlängert haben. Die Verantwortlichkeit eines Poincaré neben der eines Wilhelm II. ist offenbar. Der deutsche Mörder gleicht dem französischen Mörder. Es steht ebenso fest, daß seit den letzten Wochen 1918 der Friede möglich gewesen ist, und daß die Verantwortung dafür, daß dieser Friede nicht zustande kam und noch während zweier Jahre Menschenblut floß, zum größten Teil den Leitern der französischen Republik beizumessen ist. Langsam kommt die Wahrheit durch. Wir kennen bereits die Vorschläge, die der Prinz von Bourbon im Auftrag des österreichischen Kaisers gemacht hat. Neuerdings kommt der „Matin“, der für Briand arbeitet, auf die Schritte des Barons von der Bantzen zurück, die diesem Politiker bekannt sind. Er veröffentlichte einen Brief des Kronprinzen an seinen Vater aus dieser Zeit, der mit folgenden Worten endet: „Wir wollen offen sein. Denken wir nicht mehr an Belgien und laß uns auf jede Annexion selbst im Osten verzichten. Wir müssen mit unseren Feinden Verhandlungen aufnehmen.“ Ribot, der seinerzeit Ministerpräsident war, hat alle diese Schritte gekannt. Er hat ihr Gelingen verhindert. Er empfindet jetzt auch das Bedürfnis, sich zu verteidigen und verlegt in einem Brief an das „Journal des Débats“ sich zu rechtfertigen, indem er angibt, daß der Kaiser damals nimmermehr Einverständnis aufgegeben hätte, und daß es daher unmöglich war, zu verhandeln. Selbst wenn wir annehmen, daß Ribot mit seinen Aussagen recht hat, muß man daraus schließen, daß es verbroderlich war, schon allein den Beginn jeder Verhandlung zu verweigern. Nein! Ribot wollte die Weiterführung des Krieges für den Triumph unserer imperialistischen Bourgeoisie. Aber auch Briand, der glaubt, eine bessere Rolle zu spielen, ist nicht

mehr wert. Er hat in einer Erklärung, die als ein Stück hochmütiger Dummheit angesehen werden kann, den offiziellen Friedensvorschlag des Präsidenten Wilson in den ersten Tagen 1917 zurückgewiesen. Von diesen Männern ist einer so viel wert wie der andere. Alle sind sie gleich mit Blut beschmutzt, und wenn das Volk nicht wird, soll einer nicht mehr Rechte haben als der andere, und keiner soll seiner Strafe entgehen.

Streikbewegung in aller Welt.

e. Frankfurt a. M., 5. Sept. Der Generalstreik in Danau, dem sich etwa 14000 Arbeiter angeschlossen hatten, ist nach einmündiger Dauer auf dem Verbleibsweg beendet worden. Die Arbeit wird heute, Montag, überall wieder aufgenommen.

m. Lubwiaschafen, 5. Sept. Die Arbeiten im Lubwiaschafen der Postkammer sind nunmehr in allen Abteilungen wieder aufgenommen worden. Nach Mitteilungen der Oberpostdirektion waren die Aufstellungen bereits in Berlin bewilligt gewesen, ehe man dort etwas von der Einstellung der Arbeit erfahren hatte.

Italien.

m. Triest, 5. Sept. (Havas.) Die Arbeiterbewegung dehnt sich über ganz Italien aus. In Triest ist der Generalstreik verhängt worden. Zwischen den Truppen und den Streikenden ist es bereits zu Zwischenfällen gekommen.

m. Paris, 5. Sept. Wie die „Times“ melden, haben die bolschewistischen Schiffe in Genua sich aller im Hafen liegender Handelschiffe bemächtigt und drohen, alle Kriegsschiffe, die den Versuch machen sollten, in den Hafen einzufahren, zu beschleichen.

e. Mailand, 5. Sept. (Via. Drahtbericht.) Vier versammelten sich gestern die Vertreter der hauptsächlichsten Arbeiterorganisationen, um über die Frage zu beraten, ob die Arbeiter sofort auf alle Fabriken jeder Art in ganz Italien ausgedehnt werden solle, oder ob noch Versuche zur Verständigung durch Vermittlung der Regierung gemacht werden. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. In verschiedenen Städten sind die Arbeiter von sich aus zur Verlagerung der Arbeiter in die besetzte Automobilfabrik Fiat in den Verteidigungszustand gesetzt mit Schützengräben, Drahtverhauen und sogar Tanks. Außerdem sind sie an die Herstellung von Bomben gegangen. Die Regierung verhält sich noch immer neutral.

Frankreich.

Paris, 6. Sept. Wie die Blätter melden, hat das Syndikat der Postbeamten beschlossen, dem Verlangen der Regierung nach Auflösung des Syndikates nicht nachzukommen.

Die Selbständigkeit Ägyptens.

„Manchester Guardian“ schreibt: Saad Zaghal Pascha und seine ägyptischen Kollegen haben London und Paris auf der Rückreise nach Ägypten verlassen. Zufällig scheint es wahr zu sein, wie das auswärtige Amt erklärt, daß eine bedeutende Verständigung zwischen dieser ägyptischen Abordnung, welche einen beträchtlichen Teil der dortigen öffentlichen Meinung vertritt, und Lord Milners Mission erreicht ist. Wenn nicht alles täuscht, so ist es wirklich der Wunsch und Wille auf Seiten Lord Milners und der Regierung, zu einer Verständigung zu gelangen, welche die ägyptische öffentliche Meinung zufriedustellen und der Selbstregierung des Landes nicht nur die Form, sondern auch ein gutes Teil Wirklichkeit verleihen soll. Jedenfalls werden die Dinge mit großer

Geduld nach diesem Prinzip behandelt, und was bisher schon über die Verständigung bezüglich der Grundlagen bekannt gemacht ist, kann als ein großer Fortschritt angesehen werden.

Es bleibt jedoch zu bedenken, daß, wenn auch Saad Pascha und seine Freunde einen bedeutenden Teil der ägyptischen öffentlichen Meinung hinter sich haben, es auch noch andere, mehr extreme Richtungen gibt. Saad Pascha selbst galt in früheren Tagen viel in den Augen des Vordromer, eine Zeitlang war er sogar ägyptischer Minister für Volksbildung. Gegen Ende des vorigen Jahres trat er allmählich als Vorkämpfer des ägyptischen Nationalismus hervor, und zum großen Teil vereinigte er die Agitation für die völlige Unabhängigkeit Ägyptens in seiner Person. Kurz gefaßt, er und die ganze Abordnung zielen auf die völlige Unabhängigkeit und die Abschaffung des Protektorats hin, sie sind aber nicht fanatisch. Es wäre nun eine sehr wichtige Sache, falls sie tatsächlich zu einer wesentlichen Verständigung gelangt sind. Es scheint wirklich der Fall zu sein. Nur gewisse Einzelheiten bedürfen noch der Regelung. Entweder wird dieselbe Abordnung oder eine andere, welche denselben Teil der ägyptischen öffentlichen Meinung vertritt, nach England zurückkehren, um diese zu erörtern.

Belgien.

Eine vlämische Hochschule.

Nach Mitteilung der „Nation Belge“ wollte sich der Ministerrat u. a. auch mit einem neuen Gesetze betreffend die Einrichtung einer rein vlämischen Hochschule beschäftigen. In interessierten Kreisen, so führt das Brüsseler nationalistische Blatt hierzu aus, wird behauptet, es könne sich aus dieser Frage eine Ministerkrise entwickeln, weil gewisse Mitglieder in der Regierung hinsichtlich der Verklammerung der Center-Universität eine unversöhnliche Haltung zeigen. „Nation Belge“ versichert, daß hiervon keine Rede sein kann, um so weniger, als nach Annahme des Gesetzes über die Anwendung der vlämischen Sprache im amtlichen Verkehr innerhalb der Regierung keine Neigung besteht, der Center-Gruppe abwärts zu gehen. Eine durch eine derartige Frage herbeigeführte Krise würde, in der Tat, ein ganz verheerendes Beginnen sein. Dagegen gibt das Blatt zu, daß die Vlämen ein Anrecht auf eine eigene Hochschule besitzen, und daß für Belgiens Zukunft die Einrichtung einer solchen Notwendigkeit ist. Dagegen werden auch die Rechte derjenigen Vlämen, die eine französische Erziehung für ihre Söhne wünschen, respektiert werden müssen. „Nation Belge“ würde empfehlen, neben der schon bestehenden noch eine rein vlämische in Gent selbst zu errichten. Das Blatt vertritt die Ansicht, daß die belgische Regierung schon seit Abschluß des Waffenstillstandes die Hochschulefrage in diesem Sinne hätte lösen müssen. Heute liegen die Dinge so, daß viele Abgeordnete lieber Belgiens Einheit in Gefahr bringen wollen, als ihren Wählern widersprechen und sich nur aus Furcht vor letzteren auf die Verklammerung der Center-Universität verbeugen. „Nation Belge“ nennt solche Haltung eine vaterlandsfeindliche Politik. — Immerhin, so fügt der Brüsseler Berichterstatter des „Allgemeinen Handelsblatt“ diesen Bemerkungen hinzu, ist es erwünschenswert, wie jetzt die bisher der vlämischen Bewegung durchaus feindlich gestimmten Kreise bereits beginnen, die Bedürfnisse und Rechte des vlämischen Volkes anzuerkennen. Sie versuchen nur noch die Aufmerksamkeit ihrer bisherigen intransigenten Haltung zu retten.



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen, Warzen
besiegt schnell, sicher, schmerzlos
100000fach bewährt
Kukirol Preis M. 3.—
In Apotheken, Drogerien erhältlich
Carl Roth, Herrenstr. 26 u. Wlh. Tscherning, Amalienstr. 1

Die Aufführung von Sudermanns „Freundin“.

Unser Berliner Schauspielreferent schreibt: Bis zu 200 Mark war im Residenztheater der Paritätssitz wert. War es wert... Die hochgeschobenen Snobs, Modell 1920, zahlten mit Wonne diesen Tribut der deutschen Kunst und Literatur. Viele rangen die Hände, weil die Begrenzung des Preises ihnen keinen Raum ließ beim elefantenfesten. Wäre es erlaubt, vorauszusetzen, daß die Zahlungsfähigen unserer Tage Bücher lesen, so ließe sich unterscheiden: nicht um „dabei zu sein“, doch um „dabei gewesen zu sein“, drängten sie sich zur Fronte. Denn das längst erdientene Buch „Die entgitterte Welt“ hatte neben einigen anderen Ubeln einige rechtliche Langeweile in Aussicht gestellt. Der Segen des Verfalls verjagte sich trotzdem nicht. Gott! Sudermann! Die Satten von 1920 wissen, daß die Jungfrauen vor dreißig Jahren um ihn geringen haben — (als er selbst noch rang...) Und dann: Wenn man so viel gezahlt hat, soll die Sache doch wenigstens ihre Geld wert sein! Die wesentliche Begünstigung prästelte übrigens, wie bei einer Premiere der Bühnen Klotter selbstverständlich, hernieder von denen, die nichts gezahlt hatten... Nun werden, vielleicht durch Jahr und Tag, ganzseitige, bild- und kritikgeschmückte Zeitungsinserte verflüchten: „Der große Erfolg“. Es hat jedes Publikum den Erfolg, den es verdient. Vor Menschen mit wählervischem Geschmack oder auch nur mit gesundem Hausverstand hätte die „Freundin“ über bestehen müssen. Nicht daß sie sich in ihrer Tugend verkehrt fühlen mußten, weil hier die Erotik in einem homöopathischen Maße verkörpert ist. Dem Abschreiber der Natur sollen keine priiden Grenzen gezogen sein. Das Waquis war nicht neu (siehe Bedelinds Gräfin Geschwib!), und Sudermann hat immerhin in dem, was er dicitet verschwiegen, Geschmack bewiesen. Aber — mehr Recht als das physiologische, hat das psychologische Problem; und das kommt in der „Freundin“ kaum

in Frage. Diese Juliane Klotter, die sich eine junge, seltene Witwe erobert, nachdem sie mit haarsträubend plumpen Intrigen die männlichen Bewerber aus dem Strahlenkegel der Gegenliebe in den Schatten des Todes getrieben hat, ist nichts weiter als die alte Salonschlange, aufgezogen mit den Frauenfeinden der großrednerischen „Heimat“-Magda. Noch schlimmer sieht es mit der Lebensmöglichkeit ihres Opfers, jener jungen Frau, die einen Mann liebt und ihre aufgeweckte Sinnlichkeit einem anderen Manne hingibt, um den Beglückten einige Stunden später zu verkaufen und sich selbst — abnungelos — von der Freundin fangen zu lassen. Die übrigen Personen sind vollends — Figuren, zuweilen mit unglücklicher Jstlands Mißfarbe beschmiert. Das Geschiebe der dramatischen Stränge wird nicht von jenem Motor, der einem Dichter hinter den Rücken sitzt, in Bewegung gesetzt. Schmerzlich entbehrt man der Sudermannschen Wit. — Weib! Irgend etwas? Was denn? Die Ella Durieux! Ja, ein prächtig schillerndes, funkelndes Tier, ihre Juliane! Hinter Eisenstaben seit bewundert. Hermann Kienzl.

Theater und Musik.

Konzerthaus. Vor ausverkauftem Haus wurde am Sonntag Falls „Fideler Bauer“ wieder aufgenommen. Es handelt sich bei ihm um ein reines und gutes Werk, wenn man es an der modernen Operntengattung mißt. Für den nichtzutreffenden Titel entschuldigend die Sauberkeit der Instrumentation, für die parfümierten Theaterbauern die Sauberkeit des Textes. Mit nicht großer, aber sympathischer Stimme und einem natürlich schillernden Spiel gab als Gast Herr Oscar Bräuner den Bauern, der in seiner Passion für seinen Sohn eine positive Variante zu „Reinem Leopold“ darstellte. Fritz Gande, der als Regisseur nach jeder Möglichkeit Leben in die Bude brachte und die allzu tränenranige Handlung durch Burlesken zur operntengewöhnlichen Ungelegenheit wandelte, ließ an Dramatik nichts zu wünschen übrig. Seinen gewöhnlichen Sondererfolg hatte das Heinerle-

Duett, gegeben von Emmy Ruf und der kleinen Mangel. Wenn auch Olga Mertens-Legers Stärke in anders gearteten Rollen liegt, so war doch ihre Anwesenheit, besonders in dem Tergest des dritten Aktes, famos. Liebenswürdig und mit einem angenehmen, sorgfältig geschulten Tenor sang Hermann Lindemann den Vincens in dem liebespaararmen Werk. — Mit Fingabe dirigierte Wilhelm Schwepppe das ausgezeichnete Orchester. Auf seiner und Schwepppes Künstlerfähigkeit, in der jüngst der Barbier und dabei besonders die Duettszene und der dramatische Schwung des Finales des 2. Aktes herauskam, sei bei dieser Gelegenheit nachträglich rühmend gedacht. —

Kunst und Wissenschaft.

Beethovenmünzen. Die Stadterordnungen von Bonn am Rhein haben beschlossen, zur Erinnerung an Beethovens 100. Geburtstag städtisches Notgeld als Beethoven-Erinnerungsmünze herauszugeben.

Steinachs Bezugslehre in der medizinischen Kritik. Das Werk Steinachs über Verjüngung durch experimentelle Neubelebung der alternen Pubertätsdrüse findet in der medizinischen Kritik eine sehr skeptische Behandlung. Geh. Rat Fürbringer, der hervorragende Berliner Arzt, äußert sich in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift sehr anerkennend über die biologischen Untersuchungen des Wiener Gelehrten und stimmt ihm zu, daß es gelingen kann, das alte Tier wie zur Zeit des jugendlichen Wachstums zu rekonstruieren, wie das Steinach in seinen Versuchen an Ratten nachgewiesen hat. Anders lautet Fürbringers Urteil über die Anwendung der experimentellen Methoden und Ergebnisse Steinachs beim Menschen. Er nennt die drei von Steinach bezeichneten Fälle von ertaunlicher Verjüngung nicht bewiesen. Jahrzehnte lang beobachtete ähnliche Fälle tun nach Fürbringers Urteil dar, daß solche Steigerungen der sexuellen Botana beim Greise nicht zu erreichen sind. Auch das Vermischen verjüngender Wirkungen von Nütaenbeitrungen der Gynäkologen fällt ins

Gewicht. Man darf, so schließt der Berl'ner Arzt, billig die zehnfache Zahl unbefangener positiver Erfahrungen fordern, um Hoffnungen auf Verjüngung für den Menschen zu nähren. Aber auch die Enttäuschung verjüngungslüsterner Greise würde den hohen wissenschaftlichen Wert der Steinachs'schen Forschungen und tierexperimentellen Forschungen unangefast lassen.

Personen. Geh. Hofrat Dr. Ludwig Seitz, Direktor der Universitätskranienklinik in Erlangen, hat einen Ruf in gleicher Eigenschaft an die Universität Frankfurt a. M. als Nachfolger von Prof. M. Waldar erhalten. — Wie wir erfahren, hat Prof. Dr. jur. Franz Deyerle in Basel einen Ruf an die Universität Frankfurt a. M. als Nachfolger von Prof. G. Waenis auf den Lehrstuhl für deutsche Rechtsgeschichte, deutsches Privatrecht, deutsches bürgerliches Recht und Handelsrecht erhalten.

Die Vergänglichkeits der neuen Kunst. Wenn nicht eine große Reform in der Zusammenfassung der von den Künstlern gebrauchten Walfarben eintritt, so wird in hundert Jahren von den Meisterwerken der neuen Kunst nichts mehr übrig sein, als schmutzige dunkle Flecken. Diesen Rassandaraus über die Vergänglichkeits der neuen Kunst stimmt der „Matin“ an, indem er aufsehenerregende Mitteilungen über den Zustand von Werken der modernen Malerei im Louvre veröffentlicht. Danach sind die Bilder des großen Landschaftlers von Barbizon, Théodore Rousseau, bereits so stark nachgebunkelt, daß man auf ihnen nicht mehr viel erkennen kann. Milletas Werke zeigen die Spuren eines rasch fortschreitenden Verfalls. Der berühmte „Angelus“ ist mit Nissen und Brüchen überzogen. Die „Heuernte“ Milletas hat völlig ihren Farbton verloren, und so verhält es sich auch mit vielen anderen Bildern. Die modernen Meister müssen der technischen Herstellung ihrer Bilder wieder jene Sorgfalt zuwenden, durch die die Alten aus ihren Gemälden Werke von unvergänglichem Frische machten. Die haben viele der klassischen Meister um die Erlangung eines soliden Malgrundes gerungen! Leonardo ließ in seinem Atelier kein Fenster öffnen und betrat es selbst durch eine Kalktür aus Furcht vor Staub, der seinen Bildern während ihrer Entstehung schaden könnte.

Bulgarien.

Die politische Lage Bulgariens nach dem Friedensschluß.

Der bulgarische Ministerpräsident Stambulski empfing vor einigen Tagen die Vertreter der Sofioter Presse. Wie „Echo de Bulgarie“ mitteilt, äußerte sich Herr Stambulski über die politische Lage Bulgariens in folgender Weise: „Die Besetzung Bulgariens ist beendet. Die Griechen haben den ihnen von den alliierten Regierungen erteilten Auftrag durchgeführt und die Türkei ist endgültig von Europa getrennt worden. In der Erkenntnis, daß Griechenland durch die Entente unterlagert wird, wolle Bulgarien darauf verzichten, der Türkei in ihrem Streben mit Griechenland zu helfen. Sie gaben ihren Befehl, die Bildung von militärischen Formationen auf unserem Gebiet zu unterlassen, ebenso aber auch den Hebertritt in unser Gebiet zu verhindern. Das Ansehen einer kühnen Abordnung, die nach Paris reisen wollte, lehnten wir ab und ließen uns nicht in keinerlei Verhandlungen mit Dajdar Pasha einlassen. Auf diese Weise bewahrten wir vollkommen unsere Neutralität, denn wir sind gegen jeden Krieg. Selbst für den Fall, daß alle unsere Nachbarn Krieg führen sollten, werden wir in unserer Neutralität verharren, da unser heutiges Unglück letzten Endes nichts anderes als die Folge der von uns geführten Kriege ist. Wir glauben gerne und wissen es auch, daß wir den Fall unserer Teilnahme an den kriegerischen Handlungen unserer Nachbarn eine Reaktion und wesentliche Erleichterung der schwersten Bedingungen, welche uns durch den Friedensvertrag auferlegt worden sind, erreichen würden, doch wir sind überzeugt, daß auch ohne Aufgabe unserer neutralen Haltung diese Revision des Vertrages sehr bald kommen wird und kommen muß, denn die heutige Lage läßt niemanden — auch nicht die Entente selbst — zur Ruhe kommen und diese ist daher auf die Dauer unmöglich unhaltbar. Für den Fall aber, daß man versuchen sollte, an unseren Grenzen zu rühren, werden wir uns trotz unserer Schwäche entsprechend zu wehren wissen. Gegenwärtig beschäftigen wir uns mit der Fertigstellung eines Gesetzes über den Arbeitszwang, nach welchem die Bürger im Alter von 20-50 Jahren zur Beschäftigung und zum Bau von Straßen und Wegen herangezogen werden sollen. In den Städten ist die reibungslose Durchführung eines solchen Gesetzes sehr schwierig, denn wird das selbe in kürzester Zeit veröffentlicht werden. Dieser Grund und Boden sowie die Waldungen werden — soweit ihr Ausmaß 50 Hektar übersteigt — ins Eigentum des Staates überführt, denn es soll eine Bodenreform zur Durchführung kommen, nach welcher Grund und Boden an die Leute ohne irgend welchen Grundbesitz und an die kleinen Grundbesitzer gleichmäßig zur Verteilung gelangen werden. Von den Kriegsgewinnern werden große Summen zwecks Beschaffung unserer Staatsschulden eingesetzt, und auch das jetzt in Stellung stehende Gerichtswesen soll gänzlich neu geregelt werden.“ Ueber das Verhältnis zu Rumänien sagte Herr Stambulski: „Es steht fest, daß Rumänien immer unser Verbündeter sein wird, und ich weiß auch ganz bestimmt, daß der rumänische Ministerpräsident Andreescu die Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zu Bulgarien anstrebt. Nach erfolgter Ratifikation des Friedensvertrages werde ich nach London reisen, in kürzester Zeit auch nach Belgien und Paris, und schon für die nächsten Tage habe ich sogar mit Venizelos eine Zusammenkunft vereinbart.“

Aus Baden.

Milchnot. Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben: In den letzten Wochen und Monaten hat man in der Öffentlichkeit viel über Preisabfall geschrieben und gesprochen, ihn aber bis jetzt mit Ausnahme weniger Bedarfsgegenstände wenig gefühlt. Man gab sich besonders in landwirtschaftlichen Kreisen während der letzten Monate der bestimmten Erwartung hin, daß die Preisbewegung nicht nur auf landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Milch, sondern auf alle landwirtschaftlichen Bedarfsartikel wie Textil- und Lederwaren, Geräte, Maschinen und Konsumgüter sich erstrecken wird. Ja nur deshalb haben die einzelnen Bezirke in eine Preisbewegung der Erzeugnisse eingewilligt. Diese Preisbewegung beruht auf einem gegenseitigen Vertragsverhältnis. Seit ungefähr 3-4 Wochen beginnt nun die Preisbewegung bei fast allen landwirtschaftlichen Bedarfswaren wieder emporzukommen. Wein, Ölger und kein anderer versucht dieser neuen Wertverteilung Einhalt zu gebieten. Es vollzieht sich eben das unangenehme Gesetz der wirtschaftlichen Entwicklung. Gleichzeitig mit diesem Vorgange ist auf einmal ein starker Rückgang der Milchlieferung vom Lande eingetreten. Karlsruhe z. B. hat einen Verlust von etwa 4000 Liter, Mannheim von etwa 7500 Liter Milch zu verzeichnen. Das sind nun die traurigen Auswirkungen eines einseitigen Zwanges. Wann wird unser Volk in staatspolitischer Weise endlich volkswirtschaftlich denken und fühlen lernen? Auf der einen Seite Zwang, auf der anderen Seite Freiheit in der Preisbildung. Der Rückgang der Milchlieferung ist nicht auf die Willkür, sondern auf die Unrentabilität der Milchlieferungsbezirke zurückzuführen. Es lohnt sich einfach unter diesen Verhältnissen nicht mehr, die Milchproduktion in der bisherigen Höhe aufrecht zu erhalten. Ausgestellte Kostenberechnungen geben jedem ehrlich und volkswirtschaftlich denkenden einen ersten Fingerzeig. Will sich das Volk noch länger mit Papierarten füttern lassen? Hat es noch nicht genug am eigenen Leibe von einer defekten Wirtschaft und Preispolitik verspürt? Was nützen preispolitische Herabsetzung Preise, wenn der Wagen harrt. Die Behebung der Milchnot kann nur durch eine gerechte Bezahlung des Milchherzeugers durchgeführt werden. Jegliche andere Politik führt zur Ernährungsnot, Unzufriedenheit und zur Volksverteilung. Entweder Zwang oder Freiheit für alle Berufsgruppen.

Die Notwendigkeit besserer Ablieferung von Brotgetreide und Gerste.

** Amlich wird bekanntgegeben: Die Ablieferungen von Brotgetreide im Reiche aus der neuen Ernte an die Reichsgetreidebestelle sind bislang noch durchaus unbefriedigend. Trotz der Mitte Juli festgesetzten ausreichenden Getreidepreise und trotz der besonderen Zuschläge für frühzeitige Lieferung sind bisher erst rund 130 000 Tonnen Brotgetreide und Gerste an die Reichsgetreidebestelle geliefert, während bis zu dem gleichen Zeitpunkt im Jahre 1918 bereits rund 500 000 Tonnen eingegangen waren. Das Vorjahr, in dem die Ablieferungen noch ungünstiger waren, kam zum Vergleich nicht herangezogen werden, weil damals die Lieferungszuschläge erst Anfang September nachträglich bewilligt wurden.) Wenn nicht alsbald seitens der Landwirtschaft eine sehr erhebliche Verstärkung der Ablieferung einsetzt, so muß die gesamte Versorgung der Bevölkerung mit Brot in dem späteren Verlauf des Wirtschaftsjahres als gefährdet angesehen werden; es ist dann noch weniger möglich, den Plan, durch genügende Reserven die Brotversorgung unter allen Umständen sicherzustellen, zu verwirklichen. Erst recht ist es dann ausgeschlossen, die dringend wünschenswerte Verbesserung des Brotes durch niedrigere Ausschüttung des Getreides herbeizuführen und ebenso die kaum weniger dringliche Erhöhung der Brotration ins Auge zu fassen. In der Folge dieser besagten Vorstellungen des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wurden die in Frage stehenden Behörden erneut angewiesen, auf eine bessere Ablieferung hinzuwirken.

Geschäftsstelle der badischen Städte.

Zwischen dem Verband der mittleren Städte Badens und dem Verband der großen Städte wurde wegen der Einrichtung einer gemeinsamen Geschäftsstelle in Karlsruhe auf dem mittleren Städte-Verbande vom 14. September an zur Verfügung. Die Geschäftsstelle ist verpflichtet, Befehle und Verordnungsentwürfe mit beiden Städteverbänden zusammen zu behandeln, um möglichst einheitliche Verfügungen zu erzielen. Ferner wird sie den Vertretern der Städte jede gewünschte Auskunft geben. Die ganze Regelung ist veranschaulicht und zunächst auf 6 Monate vorzulegen.

„Bauernkrieg in Oberbaden“.

** Eine amtliche Mitteilung besagt: Unter dieser Spitzmarke hat die Mannheimer „Erbüne“ kürzlich aus Bringen bei Freiburg unter dem 8. August die Nachricht gebracht, es sei dort in scharfer Widerständigkeit der Bauern gegen die Gendarmen gekommen, als diese Getreide beschlagnahmten, das von den Landwirten verbotswidrig auf dem Markt verkauft worden sei. Die Bauern seien mit aller landwirtschaftlichen Geräten ausgerüstet gegen die Gendarmen vorgegangen, so daß diese schließlich fliehen abgeben mußten. Die „Erbüne“ bemerkt hierzu, sie sei gespannt, ob man gegen die Bauern, welche sich an der Ernte des Volkes in dieser Weise vergehen, auch solche Urteile fälle, wie gegen die Abwehrer des Kapp-Putschs in dem Hauptort.

Polnische Konsularfähigkeit.

Der zum polnischen Konsul in München ernannte Herr Louis Wolke, zu dessen Amtsbezirk vorerst auch Baden gehört, ist einwweilen zur Ausübung konsularischer Funktionen zugelassen worden. Gleichzeitig wurde auch der polnische Vizekonsul Herr Dr. Ochenski in München für Baden zugelassen.

a. Weinheim, 5. Sept. Gestern nachmittag begab sich ein Demonstrationszug der Kriegsbeschädigten vor das Rathaus und entzündete eine Abordnung, bestehend aus drei Kriegsbeschädigten und einer Kriegserwitte, zum Bürgermeister, um Beschwerde zu führen, weil ein Feldbürger angefaßt wurde, der kein Kriegsbeschädigter war. Bürgermeister Huegel gab den Aufschluß, daß es sich bei dem Beschuldigten des Gemeinderates um einen Mann handelte, der seit 10 Jahren stückweise Feldhüterdienste verricht und jetzt endgültig angestellt wurde. Die Abordnung zog sich dann zurück, worauf der Demonstrationszug in vollster Ruhe von dannen zog. — In Hemsbach, hiesigen Amtes, machte sich gestern der 34jährige Sprenglermeister Johann Steilen in seiner Werkstatt mit Sprengkapseln zu schaffen, die er von seiner Dienstadt als Pionier her noch besaß. Aus unangelegter Ursache entzündete sich plötzlich eine Sprengkapsel mit solcher Gewalt, daß Steilen auf der Stelle getötet und das Gebäude selber stark beschädigt wurde. Die Leiche Steilens war bis zur Unkenntlichkeit entstell. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe mit zwei Kindern.

Milchschiff, 5. Sept. In dem in Steinbach gelegenen Schloß des Grafen Erbach-Fürstenau sind Diebe eingebrochen und haben wertvolle silberne Bestände, Rippisachen und anderes im Wert von 30 000-40 000 Mk. gestohlen.

Feningen, 6. Sept. Die drei Schwestern Fräulein Frida, Emma und Luise Walliser haben zu gleicher Zeit ihre Hochzeit gefeiert. Gewiß ein seltener Fall.

Dogern, 6. Sept. Beim Entleeren der Abortgrube im Hause der Witwe Schlageter wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden, dem der Kopf abgeschritten war. Witwe Schlageter und ihre Tochter Karoline als Kindesmutter wurden in Untersuchungshaft genommen.

Eugen, 6. Sept. Der 53. Verbandstag der Oberbadischen Kreditgenossenschaften nahm unter zahlreicher Vertretung aus ganz Oberbaden einen ausgezeichneten Verlauf. Der Reingewinn betrug 1 210 055 Mk.

Prozingen, bei Staufen, 6. Sept. Im Sägerwerk der Gebr. Himmelbach wurde der Geiger Albert Zimmermann von einem wuchtigen Holzstück herant an den Kopf getroffen, daß der Tod sofort eintrat. Der Geigebauer hinterläßt acht Kinder.

Aus dem Stadtkreise.

Todesfall. Ein treuer Mitarbeiter, der über 40 Jahre, zuletzt als Bureauvorstand, dem Karlsruher Tagblatt angehört, Herr Paul Kuchmann, ist nach längerem Krankenlager vergangene Nacht gestorben. Während der langen Zeit, die er in unserem Hause tätig war, hat er auf seinen Beruf großen Fleiß und große Pflichterfüllung verwandt. Sein Andenken wird darum in tiefer Erinnerung gehalten werden.

Großfeuer im Städt. Kinderheim.

Am Sonntagabend gegen 6 Uhr brach im Städtischen Kinderheim, Ebbelstraße, im oberen Stockwerk des Mittelbaus Feuer aus, das sich rasch über den rechten Flügel des Dachstuhles mitteilte. Die Feuerwache war naturgemäß zuerst am Platze und wurde das Feuer gleich vom Treppenhause aus angegriffen, wofür 8 Schlauchleitungen gelegt wurden; die Maschinenleiter der Feuerwache wurde am südlichen Vorgebäude gestellt. Da der Brandherd sehr gefährlich war, so ließ Oberkommandant Heuser, der mit Unterstützung von Adjutant Schönherr die Löscharbeit leitet, die Grobfeuerer rufen. Es waren daher die Bahnhofsfeuerwehr, die 4. Kompanie, die 2. und 1. Kompanie, letztere beiden mit ihren Dampfstrahlern zur Stelle und griffen den Brandherd von 3 Seiten an. 4 Maschinenleitern sowie eine große Anzahl Schlauchleitungen gelangten zur Verwendung, so daß um 7 Uhr jede Gefahr beseitigt war, wenn auch die Kompanien noch einige Zeit zu tun hatten, da im Mittelbau der Brandherd sehr verwickelt war. Die einzelnen Kompanien arbeiteten tüchtig und es ist den Mannschaften und ihren Führern zu danken, daß der Brand in verhältnismäßig kurzer Zeit gelöscht werden konnte. Nach Lage der Sache scheint in der Aufregung sehr spät Feuer gemeldet worden zu sein. Die Kinder wurden alle in den Nachbargärten untergebracht, es soll ihnen nichts passiert sein.

Unfall mit Todesfolge.

Am 4. September wurde dem 22 Jahre alten Güterarbeiter Adolf Schönberger aus Könnigsbach am Rangierbahnhof durch den Hebel eines Kranes ein Schlag an den Kopf versetzt. Der Mann erlitt dadurch einen Schädelbruch und wurde ins neue St. Vincentius-Haus gebracht, wo er bald darauf starb.

Unfall am 5. September.

Am 5. September vormittags 10 Uhr wurde ein 7 Jahre alter Knabe zwischen Ritters- und Lammstraße von einem Straßenbahnwagen angefahren und zu Boden geworfen, so daß er einige Zeit bewusstlos war.

Körperverletzung.

In der Nacht vom Samstag, den 4. September, auf Sonntag, den 5. September, um 12 Uhr, drangen in der Kronenstraße ein hiesiger Kellner und eine Arbeiterin aus Nürnberg ohne Grund auf zwei Kellner mit einem Dolchmesser ein und verletzten diese durch Stiche in das Gesicht nicht unerheblich. Die Verletzten konnten nach Anlegen von Notverbanden wieder entlassen werden. Der Kellner wurde in Haft genommen.

Verhaftungen.

Verhaftet wurden: ein Friseur von hier wegen Diebstahls und Hehlerei, ein Händler von hier wegen Betrugs, sowie ein Fuhrmann aus Hanau wegen Widerstands und ein Arbeiter aus Waldmohr wegen Diebstahls, ein Arbeiter aus Wüdingen, der zur Strafverbüßung angefaßt wurde, ein Ingenieur aus Kreuznach, der wegen Betrugs von der Staatsanwaltschaft hier gefaßt wurde und ein Arbeiter aus Ottenheim wegen Bettels.

Letzte Nachrichten.

Der Getreidepreis im besetzten Gebiet.

w. Speyer, 5. Sept. (Amlich.) Der Reichsernährungsminister hat mit Wirkung vom 1. September 1920 für das besetzte Gebiet der Preis für Roggen, Gerste und Hafer um 110 Mk. für Weizen um 125 Mk. für die Tonne erhöht wird. Darnach ergibt sich für das besetzte Gebiet ein Preis von 1710 Mk. für die Tonne Roggen, 1765 Mk. für die Tonne Weizen und 1660 Mk. für die Tonne Hafer und Gerste. Dieser Preis gilt auch für die bereits abgelieferten Mengen.

Finanzminister-Konferenzen.

Darmstadt, 5. Sept. (Wolff.) Am 3. und 4. September fanden hier unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Wirth Konferenzen der Finanzminister der großen Staaten statt, in denen über den Entwurf einer Währungsreform des Reichsberandungsausschusses sowie über den Übertrag der Steuerverwaltung auf das Reich verhandelt wurde. Wegen der Entwurfs wurden wegen der Rückmeldung auf die Beschlüsse der einzelnen Staaten nicht unerhebliche Bedenken geltend gemacht. Anerkannt wurde, daß die Staaten mit ihren Beschlüssen nicht über das Reichsgesetz hinausgehen dürften, ferner daß man in Beschlüssen mit äußerster Vorsicht und Zurückhaltung vorgehen müsse, um die Finanzlage des Reiches vor einem völligen Zusammenbruch zu bewahren.

Amerikanische Gruppe und französisches Tabakmonopol.

w. Paris, 5. Sept. Wie der „Intransigeant“ meldet, hat sich eine bedeutende amerikanische Gruppe gebildet, die das französische Tabakmonopol kaufen will.

Wirtschaft und Handel.

Rodi & Wienberger, Aktiengesellschaft für Bfunterie und Kettfabrikation, Pforzheim. Die Gesellschaft beruft auf den 30. d. Mts. eine Generalversammlung zum Zwecke der Kapitalerhöhung ein. Infolge der außerordentlichen Steigerung der Rohmaterialien und der Löhne ist, wie bei den meisten industriellen Unternehmungen, eine Vermehrung der Betriebsmittel erforderlich. Zu diesem Zwecke sollen Mk. 4 000 000 neue Stammaktien ausgegeben werden; ferner soll die Ermächtigung zur Schaffung von Mk. 1 000 000 Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht eingeholt werden. Die Ausgabe der Stammaktien soll alsbald erfolgen, während der Zeitpunkt der Ausgabe der Vorzugsaktien der Verwaltung überlassen werden soll. Nach Durchführung der Erhöhung wird das Aktienkapital der Gesellschaft aus Mk. 8 000 000 Stammaktien und Mk. 1 000 000 Vorzugsaktien bestehen.

Das ungarisch-deutsche Handelsabkommen. Mehrere Blätter brachten die Mitteilung, wonach Ungarn das geplante ungarisch-deutsche Handelsabkommen nicht ratifizieren wolle. Wie das „Ungarische Korresp.-Büro“ meldet, wird amtlicherseits festgestellt, daß diese Behauptung jeder Grundlage entbehrt. Die Ungarische Nationalversammlung nahm vor kurzem das betreffende Ermächtigungsgesetz an.

Gerichtssaal.

Karlsruhe, 4. Sept. In der heutigen Sitzung der Vertikalkammer II wurden verurteilt: Wilhelm Schöter Vorkausfeller aus Pforzheim wegen Unterschlagung und Betrugs zu 10 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Überwacht, Luise Sophie Duffl Wäberin aus Karlsruhe wegen Unterschlagung und Diebstahls zu 6 Monaten Gefängnis.

Mannheimer Pferderennen.

(Elaenz Draßbericht.)

rr. Mannheim, 5. Sept. Der heutige dritte Rennstag war trotz des regnerischen Wetters wieder sehr gut besucht. Sämtliche Felder mit Ausnahme des Heyden-Linden-Ausgleichs, des wertvollsten Rennens des Tages, waren stark besetzt. Bei keinem Rennen erschienen weniger als 6 Pferde am Start. Im Preis von Ludwigshafen führte Reiter Bogt mit „Antinier“ so unglücklich, daß er mit einer schweren Gehirnerschütterung und einer Lungenentzündung vom Platze getragen werden mußte. Am Totalisator wurden etwa 1 300 000 Mk. umgesetzt. Nachstehend der Verlauf der heutigen Rennen:

- 1. Fürdenrennen für Landwirte. Ehrenpreis und 3500 Mk. 1800 Meter. 1. Hartmanns „Plasto“ (Bestler), 2. Hauck „Diga“ (Bestler), 3. Kerpels „Ella“ (Himmle), 4. Refers „Gouline“ (Best), 5. Dienbars „Zauberflöte“ (Bestler). Ferner lief „Perle“, 2, 15 Längen, Weile. Tot. 124 : 10, Platz 24, 17 : 10.
- 2. Preis von Ludwigshafen. Ehrenpreis und 14 000 Mk. 3000 Meter. 1. Salzbürgers „Colette“ (v. Dräber), 2. Parcus „Wittlicher“ (v. Mosner), 3. Müllers „Calcum“ (v. Herder), 4. Kornblums „Mehom“ (v. Wehnenhaagen), 5. Bürgers „Ditel II“ (Kunt). Ferner liefen Little John, Carissima, Succurs, Raminier. Tot. 54:10, Platz 18, 12, 12:10.
- 3. Preis vom Main. Ehrenpreis und 13 000 Mk. 1800 Meter. 1. Bürger's „Gold“ (v. Dräber), 2. „Segantini“, 3. Boros, 4. Viraqos, 5. Titus. Ferner liefen Einwaner, Rosenheck, Emma, Lomha, Monardist, Cavallera. Tot. 49:10, Platz 18, 20, 48:10.
- 4. Preis vom Meibofus. Ehrenpreis und 18 000 Mk. 3200 Meter. 1. Maszala, 2. Schicksal, 3. Eiders Traum, 4. Flegender Har, 5. Patella. Ferner lief Bildur. Tot. 54:10, Platz 21, 12:10.
- 5. Heyden-Linden-Ausgleich. Ehrenpreis und 25 000 Mk. 4200 Meter. 1. Feldherr, 2. Mes, 3. Annemarie. Tot. 24:10.
- 6. Preis vom Neckar. Ehrenpreis und 14 000 Mk. 2400 Meter. 1. Margraf, 2. Kofel, 3. Hius, 4. Nicolo, 5. Sandbald. Ferner liefen Sauerfäß, Gled, Schürbler, Anführer, Graf. Tot. 100:10, Platz 27, 34, 15:10.
- 7. Preis von Neusthof im. Ehrenpreis und 16 000 Mk. 3500 Meter. 1. Wendula, 2. Renal, 3. Raufbold, 4. Blumengala, 5. Mara. Ferner lief Mantua. Tot. 33:10, Platz 11, 12, 11:10.

Sport/Spiel/Turnen.

Schwimmen.

Ein neuer Schwimmbad-Becken für Baden wurde in Antwerpen von der Amerikanerin Biebrun über 200 m breit mit 4 Wm. 84 Setvorber 4:43.3 Mts Durad-Anhalten) aufgestellt. Das 400 m Schwimmen fiel an den Australier Norman Rob mit 6:26.8 vor Langer-Amerika.

Aus Bädern und Kurorten.

Baden-Baden. Die Zahl der Kurgäste bis 3. September betrug 40 573.

Vom Wetter.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterkarte in Karlsruhe vom 6. September 1920: Das unbeständige Wetter dauert an. Bei hohem Luftdruck über Ostseeuropa stehen vor Welle her fortgesetzte trübende Niederschläge über Nordamerika und bringen im ganzen Lande zeitweise Regenfälle. Eine Besserung der Wetterlage ist zunächst noch nicht abzusehen. Voraussichtliche Witterung bis Dienstag, den 7. September, nachts: Wolke, zeitweise Regen, ziemlich mild.

Advertisement for Continental tires. Text: "Sparen ohne Einschränkungen". "Ist keine Kunst, wenn Sie Continental-Absätze tragen. Durch ihre große Haltbarkeit - Leder überragend - verringern Sie Ihre Ausgaben. Sie haben dabei elastisch weichen Gang und erhöhte Geleisung. Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher". "Continental Absätze". "So gut wie Continental-Reifen."

